

## **Veränderung und Orientierung**

### **Die Grünen im 5-Parteien-System**

*von Peter Siller*

Was bislang nur abstrakte Gedankenspiele waren, ist für die Grünen in den letzten Monaten sehr konkret geworden: Mit den dramatischen Veränderungen des Parteiengefüges, insbesondere durch den Einzug der Linkspartei in westdeutsche Landesparlamente, hat sich auch die Lage der Grünen drastisch geändert. Da es in vielen Fällen für keines der bislang „klassischen“ Bündnisse – Rot-Grün oder Schwarz-Gelb - mehr reicht, kommt den Grünen eine Schlüsselrolle bei der Herstellung von Dreierbündnissen zu, ganz gleich ob Ampel, Rot-Rot-Grün oder Jamaika. Die Grünen geraten damit in eine Rolle, mit der sich die FDP schon seit längerer Zeit auseinandersetzen darf: der der sogenannten „Funktionspartei“, des notwendigen Mehrheitsbeschaffers. Und so verwundert es nicht, dass der geschäftsführende Ministerpräsident Koch – nach einem aggressiven Wahlkampf gegen die „Al-Wazir-Grünen“ - nun durch die Lande zieht und die Nähe zu den Grünen beschwört, während zugleich die Hessische Linkspartei beteuert, eine rot-grüne Minderheitsregierung ohne Bedingungen zu wählen. Gleichzeitig koalitiert in Hamburg eine CDU offenerherzig mit den Grünen, die vor noch nicht allzu langer Zeit in der Schill-Partei den geeigneten Koalitionspartner sah. Die neue Unübersichtlichkeit in der Politik hat Platz gegriffen und ein Ende ist nicht in Sicht. Die grüne Schlüsselposition ist dabei momentan Segen und Fluch zugleich, denn zum einen ergeben sich neue grüne Macht- und Gestaltungsoptionen, zum anderen wirft sie ein grelles Licht auf den Klärungsbedarf in der grünen Partei.

### **1. Nebeneinanderstellen und Anordnen im 5-Parteien-System**

Es ist unvermeidbar, dass eine Partei, die sich in einem solch rasanten Transformationsprozess befindet, Teile ihrer Anhänger verunsichert und in zeitweilige Turbulenzen gerät. Die große Frage ist deshalb nicht, wie sich diese Turbulenzen vermeiden lassen, sondern wie sich die Grünen auf mittlere Sicht in der neuen Situation beheimaten und stabilisieren können. Entscheidend für einen erfolgreichen Transformationsprozess ist dabei Folgendes: Die Grünen können den Weg der strategischen Öffnung und der neuen Bündnisse nur erfolgreich bestehen, wenn sie gleichzeitig deutlich machen können, worin ihr inhaltliches, ihr ideelles Zentrum besteht. Nur wenn die Grünen keinen Zweifel an ihrem inhaltlichen Rückgrad lassen, kann die Entscheidung für die eine oder andere Bündnisoption mit Blick auf eine transparente Grundposition als nachvollziehbarer, sinnvoller Kompromiss verstanden werden.

Der Drift zwischen einem „sozial-konservativen Flügel“ und einem „Modernisierer-Flügel“ ist in allen Parteien sichtbar und ist kein grünes Spezifikum. Alle Parteien stehen vor der

Aufgabe, die wachsenden Spannungen und Widersprüche auszubalancieren und gleichzeitig aus dem Zentrum eine kohärente und attraktive Position darzustellen. Insofern betreffen viele der aufgeworfenen Fragen andere Parteien genauso oder noch mehr. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach dem inhaltlichen Zentrum für die Grünen auf spezifische Art und Weise. Für kleinere Parteien kommt es zum einen noch mehr als für Volksparteien, die eine größere Spannbreite an gesellschaftlichen Milieus repräsentieren, darauf an, klare und pointierte Impulse zu geben – als Antreiber, als „Schnellboote“ vor den großen „Tankern“. Zum anderen stehen die Grünen nach wie vor vor der großen Aufgabe, jenseits des Megakonsensus in der ökologischen Frage, der die Grünen seit den Gründungsjahren zusammenschweißt, eine gemeinsame wirtschafts- und sozialpolitische Haltung zu den Geschehnissen in Gesellschaft und Welt zu entwickeln. Die Gründe für die bestehenden programmatischen Paradoxien sind nicht zu verstehen ohne die Entstehungsgeschichte - und für eine junge Partei, die die Grünen im Vergleich nach wie vor sind, auch nicht sonderlich überraschend. Durch das gemeinsame Anliegen ökologischer Politik wurden unterschiedliche Weltanschauungen und Grundhaltungen in einer Partei verbunden: von wertkonservativ bis linksradikal, von libertär bis etatistisch. Diese Vielfalt wurde im Kinderalter der Partei als Stärke ausgewiesen, dann kam es zu einigen „Häutungen“ und heute: nimmt die Polarisierung eher wieder zu. Lässt man die letzten Parteitage Revue passieren so ist unübersehbar, wie tief der Riss geht, ob in der Frage militärischer Interventionen, in der Frage nach Staat und Markt in der Wirtschaftspolitik oder in der Frage nach der Grundausrichtung grüner Sozialpolitik. Vor diesem Hintergrund ist es auch erklärbar, dass die Gefühle bei den Mitgliedern hinsichtlich der neuen Koalitionsoptionen unübersehbar sehr unterschiedlich ausschlagen.

Es besteht die Chance, das Label „grün“ zur Signalfarbe einer Politik der ökologischen und sozialen Erneuerung zu machen. Insbesondere auf Grund des wachsenden gesellschaftlichen Bewusstseins für die Dramatik des Klimawandels hat „grün“ das Potential zu dieser Orientierung. Ein solches Labeling kann jedoch nur gelingen, wenn das ideelle Zentrum hinter der Farbe deutlich hervortritt. In der Bestimmung als Partei die Gerechtigkeitsanspruch mit Veränderungsbereitschaft verbindet und damit aus einem eigenen inneren Zentrum heraus sowohl die Differenz zu konservativen und wirtschaftsliberalen Positionen wie auch zu solchen der traditionellen Linken deutlich machen kann, liegt die Chance der Grünen, ihren eigenen Platz im Parteiengefüge genauer zu bestimmen. Die Partei hat die Chance „grün“ zur Orientierungsfarbe einer Politik zu machen, die das in der Regel „links“ verortete Gerechtigkeitsanliegen mit Blick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen neu formuliert – emanzipatorisch, ökologisch, mit offenem Blick und mit Bereitschaft zu den notwendigen Veränderungen. Die alt-linken Schubladen und Ressentiments sind dafür ebenso irreführend, wie die hohl drehende Reform-Rhetorik der „Neuen Mitte“. Die spezifische gesellschaftliche Aufgabe der Grünen könnte darin liegen, den Zusammenhang von Sicherheit und Wandel zu vermitteln: Soziale Sicherheit lässt sich nur organisieren, wenn die Gesellschaft die Kraft zur Veränderung aufbringt. Diese Kraft lässt sich jedoch nur aufbringen, wenn die Politik die Gründe für die Veränderung plausibel macht und die Sicherheit organisiert, um diesen Weg der Veränderung beschreiten zu können.

## **2. Eine Idee von Gerechtigkeit und Freiheit**

Aus einer grundlegenden – wenn man so will: praktisch-philosophischen - Perspektive kann der Ausgangspunkt auf der Suche nach dem ideellen Zentrum politischer Praxis nur der der Gerechtigkeit sein. Gerechtigkeit verstanden als ein erster Orientierungspunkt, wie sich Menschen als Freie in einem Gemeinwesen begegnen, welche Freiheiten sie reklamieren und welche Ansprüche sie erheben können. Gerechtigkeit ist dabei - auf Grund einer Vielzahl von Deutungsmöglichkeiten - nur als interpretierter Begriff genießbar. Der grüne Ansatz der „Erweiterten Gerechtigkeit“ steht für den Versuch einer solchen Interpretation. Gerechtigkeit kann sich in einer emanzipatorischen Lesart nur auf die Freiheit des Einzelnen und damit auf gleiche, reale Verwirklichungschancen für jeden beziehen. Gerechtigkeit ohne ein hohes Bewusstsein für den Wert von Freiheit und Selbstbestimmung ist nichts wert – und das unterscheidet die Grünen auch sichtbar von anderen Parteien. Gerechtigkeit meint Parteinahme für die sozial Benachteiligten und steht damit gegen soziale Exklusion. Die Aushandlung von Gerechtigkeit als gleiche Freiheit obliegt einer starken Demokratie. Und: In der Ökologie liegt eine entscheidende Voraussetzung für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Zukunft. Die ökologische Frage ist eine der großen sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts und es obliegt den Grünen, dies deutlich zu machen.

Ein begrenzter und geordneter Markt ist im Gerechtigkeitsinteresse, da er jenen Wohlstand schafft, der allen zu Gute kommen muss. Gerechtigkeit muss - soweit möglich - räumlich und zeitlich auf alle Betroffenen ausgeweitet werden. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern bildet ebenso einen zentralen Gerechtigkeitsfokus, wie das Verhältnis zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Und schlussendlich: Gerechtigkeit bezieht sich auf die Verteilung und Umverteilung von Gütern. Welche Güter damit gemeint sind, in welcher Hinsicht die Güter zu verteilen sind und auf welchem Wege bleibt jedoch von dem Begriff der „Verteilungsgerechtigkeit“ selbst noch unbeantwortet. Der Verteilungsmodus unserer Vorstellung von Gerechtigkeit zielt auf die Teilhabe aller an den für ein selbstbestimmtes Leben notwendigen öffentlichen Gütern. Insofern sind die obigen, stenographischen Ausführungen auch eine erste Konkretisierung dessen, welcher Logik Verteilung und Umverteilung folgen sollte.

## **3. „Linksruck“ und Restauration**

Aus der Perspektive des beschriebenen Ausgangspunkts gibt es einige Gründe, den Begriff „links“ einzubeziehen. Genauso unverzichtbar ist es allerdings, den Begriff auf Grund seiner Untiefen und Unklarheiten, mit einer anderen Perspektive zu kontrastieren, die zumindest einen Anhaltspunkt bietet, welches Gerechtigkeitsanliegen gemeint ist und welches nicht. Nicht nur vor dem historischen Hintergrund von Stalinismus und Maoismus, Mauer und Stasi erstaunt, mit welcher ignoranten Lässigkeit manche sich auf „die“ Linke positiv beziehen, als sei das ein selbsterklärender Begriff, als sei damit über ein ungeklärtes und diffuses Gerechtigkeitsanliegen hinaus schon groß etwas gesagt. Und auch mit Blick auf den allseits diagnostizierten „Linksruck“ bestehen erhebliche Zweifel, ob all die dahinter stehenden Sicherheitsbedürfnisse tatsächlich in einem emanzipatorischen Sinn auf Gerechtigkeit zielen, oder nicht vielmehr zu einem Teil auf Regression bis hin zur Xenophobie und zum Nationalchauvinismus. Zumindst fällt auf, dass die „Zeitgeist-Wende“ der letzten Jahre eine Vielzahl an Elementen in sich trägt, die genauso dem Vokabular einer restaurativen und

kulturpessimistischen Rechten entstammen könnten. Die Angst vor Veränderung, die der „Konservative“ ja schon im Namen trägt, steht Pate für die Grundpsychologie der traditionellen Linken in Deutschland. Und so liest sich das Wahlprogramm der Linkspartei wie die große Restauration der bundesrepublikanischen Verhältnisse in den achtziger Jahren vor dem Zerfall der Blöcke. Die Reden von Kurt Beck klingen auch nicht viel anders. „Wenn wir das Rad schon nicht zurückdrehen können, so sollte doch zumindest alles so bleiben, wie es ist.“ Wo die emanzipative Linke früher die Verhältnisse zum Tanzen bringen wollte, steht heute eine Linke, die aufpasst, dass sich keiner bewegt.

Eine Momentaufnahme, die den Geist des sogenannten „Linksrucks“ veranschaulicht: Nicht nur die überwältigende Mehrheit der SPD-Anhänger – 82 Prozent – möchte die Rente mit 67 am liebsten wieder abgeschafft sehen, unter Unionswählern sind es fast genauso viele, nämlich 80 Prozent. Selbst bei den Liberalen wollen 71 Prozent lieber schon mit 65 in Rente gehen. Der Begriff „linke Mehrheit“ bekommt mit Blick auf diese Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid vom Juli 2007 eine neue Bedeutung: Teils satte Mehrheiten in allen politischen Lagern sprechen sich für eine Rücknahme wichtiger Reformen der letzten Jahre aus. In vielen Fragen gibt es in diesem Sinn „linke“ Mehrheiten in allen Parteien. Nur: Der „Linksruck“ erweist sich immer mehr als „Sicherheitsruck“.

Nur knapp mehr als ein Drittel der Deutschen - 34 Prozent - ist der Meinung, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sei „eher richtig“. Mit höherer Bildung steigt die Zustimmung zum Auslandseinsatz zwar merklich an – aber in keiner einzigen untersuchten Gruppe lässt sich noch eine Mehrheit für den Auslandseinsatz ausmachen. Die meiste Zustimmung erhält der Einsatz noch bei den Grünen – mehr als bei der Union. Dabei handelt es sich vermutlich um das Ergebnis des intensiven Ringens der Grünen in dieser Frage - bis an den Rand des Zerwürfnisses.

54 Prozent in unserer Gesellschaft, vor allem Anhänger von SPD und Grünen, wollen nach wie vor am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten. Bei Union und FDP gibt es nach wie vor Mehrheiten – allerdings sehr knappe – für den Wiedereinstieg. Sekundiert werden sie hier von der Linkspartei, die ebenfalls eine knappe Mehrheit pro Kernkraft aufweist und damit in starkem Kontrast zu den Grünen steht, die mit 86 Prozent gegen Atomkraft stehen. Für kommende schwarz-grüne Verständigungsprozesse gibt es in dieser Frage aber durchaus Potenzial beim möglichen Partner: Auch 45 Prozent der Unionswähler wollen beim Ausstieg bleiben.

Bei keinem Thema wird die Abkehr vom sogenannten „Neoliberalismus“ so deutlich wie bei der Privatisierung von Staatsunternehmen. Die Anhänger der Volksparteien lehnen dies noch heftiger ab als der Rest des politischen Spektrums. Bei den Wählern der Linkspartei ist der Widerwille gegen die Deregulierung von Infrastrukturunternehmen nur geringfügig stärker als bei Union und SPD: 72 Prozent der SPD-Wähler, 71 Prozent der Unionswähler und 76 Prozent der Linke-Wähler sind sich einig darin, dass Bahn, Post und Gaswerk beim Staat besser aufgehoben sind als in privaten Händen. Und weil auch bei der FDP eine Mehrheit gegen Privatisierungen ist, bleiben die Grünen mit knapper Mehrheit in dieser Frage paradoxer Weise als die einzigen Befürworter übrig.

Bei den Sozialdemokraten bewertet die Hälfte die Rolle der Gewerkschaften als „eher zu klein“, bei der Linken gut zwei Drittel, bei den Grünen finden wir hier dann wieder den Spitzenwert von 71 Prozent.

Insgesamt ordnen sich 76% der Grünen nach dieser Umfrage als „links“ ein, 39 % der SPD und 64% der Linkspartei. Selbst bei Union und FDP liegt diese Selbsteinschätzung jeweils bei einem Viertel.

Eine wichtigere Rolle der Linken wünschen sich nach dieser Umfrage 42% der Grünen, 29% der SPD und 97% der Linkspartei. Bei den Union-Anhängern sind dieser Auffassung 13%, bei der FDP 15%. Unklar ist dabei freilich schon, wer mit der Frage eigentlich gemeint ist, der Orientierungsbegriff oder die Partei „Die Linke“.

Was also heißt hier überhaupt links? Die Linke hatte in Deutschland -wie Jörg Lau zu Recht feststellt - immer ein Janusgesicht: emanzipatorisch und antiautoritär auf der einen Seite, protektionistisch und restaurativ auf der anderen. Heute haben wir es nicht in erster Linie mit einer Emanzipationslinken zu tun. Der neue Linksruck hat auffällig wenig mit Aufbruchgeist und viel mit Verunsicherung und Restaurationsbedürfnis zu tun. Viele bewahrende, linkskonservative Motive mischen sich darin: Sehnsucht nach dem alten Sozialstaat, die Angst vor Veränderung, die Versuchung des weltpolitischen Rückzugs aus einer komplexen und feindlichen Welt.

#### **4. Das Eigene sichtbar machen**

Das Anwachsen dieses angstgetriebenen Sicherheitsbedürfnisses verwundert dabei nicht - weder mit Blick auf die ökonomische, technologische und kulturelle Beschleunigung der Verhältnisse im globalen Maßstab, noch mit Blick auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Reformverfahren in der Bundesrepublik. Unabhängig davon, welche Elemente der Agenda 2010 richtig waren und welche nicht: Es ist der Schröder-Regierung in der zweiten Legislatur der rot-grünen Koalition kaum gelungen, die angestrebten Veränderungen plausibel auf Gründe der Gerechtigkeit zu beziehen und sichtbar als Gerechtigkeitsanliegen zu kommunizieren. Stattdessen bezog man sich auf einen hohl drehenden Pragmatismus und verband das mit einer McKinsey-Plastiksprache, die damals noch en vogue war. Nur so ist zu verstehen, dass der Begriff der „Reform“ überhaupt zunehmend auf Ablehnung stieß und Misstrauen gegen jede Veränderung entstand. Nur: Das ändert nichts daran, dass aus der beschriebenen Perspektive von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung einzelne Reformzukunftungen der Agenda 2010 richtig waren und zahlreiche andere Veränderungen im Sinne einer Strategie der Parteinahme für Prekäre, Ausgeschlossene und Abgehängte notwendig gewesen wären. Das gilt auch heute: Die Aufgabe einer Politik der Gerechtigkeit, der es auf eine Strategie der Teilhabe und sozialen Inklusion ankommt, kann weder in der Restauration noch in der Verteidigung des Status Quo bestehen, sondern braucht den Mut zur Veränderung hin zu mehr Teilhabe und verbesserten realen Verwirklichungschancen, hin zu einer Lösung der der ökologischen Frage, die sich als eine der großen sozialen Fragen dieses Jahrhunderts herausstellt.

Gerechtigkeit verstanden als Parteinahme für sozial Benachteiligte und Gefährdete braucht eine dynamische und in dem Sinn eine optimistische Grundhaltung, als sie an die Kraft der von ihr vorgeschlagenen Veränderungen zum Besseren glaubt.

Nimmt man Beides zusammen: den Gerechtigkeitsanspruch und die daraus abgeleiteten Veränderungsnotwendigkeiten, so lässt sich folgende Grundsequenz festhalten: Soziale Sicherheit für alle braucht Veränderung Und Veränderung braucht soziale Sicherheit für alle,

als Leitstern der Veränderung, wie als Voraussetzung den Wandel mittragen zu können. Leitsatz: „Wir geben dem ökologischen und sozialen Wandel eine Richtung.“ Etwas vereinfachend: Hat der Stillstand der Kohl-Jahre, und jetzt wieder der großen Koalition gezeigt, dass es ohne Wandel keine Gerechtigkeit geben kann, so haben uns die rot-grünen Jahre gelehrt, dass Veränderung die klare und verständliche Bezugnahme auf Gerechtigkeit und Selbstbestimmung braucht. Das eine ist ohne das andere nicht sinnvoll zu haben. Und nur wem es gelingt, beides glaubhaft zu verbinden, kann für sich ernsthaft beanspruchen, etwas im Sinne von mehr Gerechtigkeit zu bewirken.

Vor diesem Hintergrund ist der Begriff der „Modernisierungslinken“ als Orientierungsbegriff interessant. In ihm verbindet sich das Gerechtigkeitsanliegen mit dem Willen zur gerechtigkeitsorientierten Veränderung. Und auch wenn beide Elemente des Begriffs ihrerseits hoch interpretationsbedürftig sind und zahlreiche Anschlussfragen aufwerfen, so markieren sie in der Verbindung doch eine sinnvolle Grundposition grüner Politik.

Jeder Begriff, der wie „Modernisierung“ Veränderungsbedarf anmeldet und sich kulturell in ein eher positives Verhältnis zur Individualisierung der Moderne setzt, wird auf Skepsis rechter oder linker Konservativer stoßen. Und jeder Begriff, der wie „links“ einen Gerechtigkeitsfokus andeutet, wird auf den Widerstand derer stoßen, die einen anderen politischen Ausgangspunkt wählen, seien es pure Pragmatiker, Wirtschaftsliberale oder illiberale Gemeinschaftsapologeten. Und so sicher die Grünen mit beiden Einwänden konfrontiert sein werden, so klar ist vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen, dass sie ihnen entgegentreten können.

Dabei muss es den Grünen auch darum gehen, eine andere Form des Politischen zu verkörpern. Sie sollten nicht unterstellen, dass sie in jedem Fall die Lösung schon parat hätten. Vielmehr sollten sie den Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft vermitteln, dass es sich um eine gemeinsame Suche nach und einen gemeinsamen Weg hin zu mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung handelt. Bei allen Fragen, die auch der Wahlkampf von Obama und seine Erweckungspredigten aufwirft: zumindest rhetorisch paart sich hier der Optimismus der Veränderung zum Besseren mit der Einbeziehung der Angesprochenen als wichtige Subjekte des Wandels. Und bei allen beschriebenen Defiziten hinsichtlich der Erkennbarkeit von Entscheidungen am Ende: Die Grünen genießen an diesem Punkt der streitbaren, transparenten Suche und der hohen Partizipation Vertrauen in der Gesellschaft.

Auch muss es einer Politik, die Gerechtigkeit mit Veränderung verbindet, darum gehen, Selbstbezüglichkeit zu überwinden und ihren Fokus in der Verstärkung eines allgemeinen Anliegens zu suchen, das über sie hinausgeht. Die Pointe des grünen Gerechtigkeitsanspruchs liegt darin, alle Betroffenen jenseits der bekannten Klientelpolitik ins Spiel zu bringen. Eine der entscheidenden Aufgaben ist es dabei, die Interessen ans Tageslicht zu bringen und zu unterstützen, die keine Lobby haben. Grüne Politik zielt in diesem Sinn auf das „Allgemeine“. Parteien sind nach diesem Anspruch nicht einfach weitere Interessengruppen, sondern haben die Aufgabe, Interessen mit Blick auf Gerechtigkeit und Fairness zu transformieren. Diese Transformation ist nicht einfach die Moderation verschiedener Interessen, sondern das Geltendmachen des ureigenen Anspruchs der politischen Sphäre, Gerechtigkeit und Fairness zu gewährleisten und zu befördern. Deshalb sind die zahlreichen Kommissionen, Räte und Konsensrunden zumindest problematisch, da sie Gefahr laufen, der Politik das Bewusstsein für ihre eigene Gestaltungsaufgabe zu

nehmen. Auch wenn es faktisch oft anders ist: Die Parteien sollten ihren Streit nicht als Streit zwischen unterschiedlichen Interessengruppen, denen sie sich verpflichtet fühlen, begreifen, sondern als Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Konzeptionen von Gerechtigkeit und Gemeinwohl. Hier gibt es erhebliche Unterschiede, und es wäre wichtig, diese herauszuarbeiten.

## 5. Drei strategische Gründe

In der Sache wurde bis dahin umrissen, wie sich bei den Grünen Grundorientierung und Veränderungswille verbinden sollten. Darauf aufbauend lassen sich mindestens drei strategische Gründe dafür ausmachen, den politischen Ort grüner Politik über den Zusammenhang von Sicherheit und Wandel, von Gerechtigkeit und Freiheit zu beschreiben: Kommunikation, Platzierung, Bündnisfähigkeit und Integration. Weder leiten sich daraus schon konkrete Konzepte ab, noch taugt diese Figur alleine zur öffentlichen Breitenkommunikation. Und doch kann sie zu jener Grundmelodie anleiten, zu jener Grundatmosphäre beitragen, die jedes Konzept und jeder Slogan braucht, um zu überzeugen.

*(1) Platzierung:* Ein entscheidender und strategisch äußerst wertvoller Punkt ist, dass das Feld einer Politik, die den Optimismus der emanzipativen Veränderung dezidiert mit einem Gerechtigkeitsanspruch verbindet, in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft nach wie vor frei ist. Zumal unter Einbeziehung der drängenden ökologischen Frage. Die Westerwelle FDP zieht nach wirtschaftsliberal-rechts, die Merkel-Union tummelt sich in der unverbindlichen und mitunter klientelistischen Mitte mit Teflon-Nichtanbrenn-Garantie. Und die SPD, ja die SPD: Während Schröder den kalten Modernisierer gab, hat Beck den Schalter wieder auf behäbige Restauration umgestellt. Von der Linkspartei ganz zu schweigen. Die Grünen können diese Position hingegen glaubwürdig vertreten. Ihre Entstehung beruht bis zu einem gewissen Punkt gerade auf dieser Verbindung. Und die – nur scheinbar paradoxen - Werte der dargestellten Emnid-Umfrage zur Linksverortung einerseits und zur Veränderungsbereitschaft andererseits lassen sich als Beleg werten, dass die Grünen ein geeigneter und produktiver Ort sind, um die Verbindung von Gerechtigkeit und Modernisierung herzustellen. Wenn die Grünen die vorgeschlagene Orientierungsrolle annehmen, besteht die begründete Aussicht auf Stimmenzuwächse von „Linksliberalen“ und „progressiven Linken“, von Teilen der „solidarischen Mitte“, von „parteienverdrossenen Nichtwählern“, aber auch von „progressiven Wertkonservativen“ - die allesamt über die Mehrheitsfähigkeit grüner Ideen und Konzepte entscheiden..

*(2) Bündnisfähigkeit:* Über diesen Weg der klaren Verortung, über den Mut zur Festlegung wachsen drittens die Bündnisoptionen. Wechselnde Bündnisse und eine flexible Bündnisstrategie lassen sich den Bürgerinnen und Bürgern nur vermitteln, wenn der eigene Standpunkt und damit auch der Grund für Kompromisse in die eine oder andere Richtung geklärt sind. Aus dieser Sicht ist die Annahme einer „Wahlverwandtschaft“ mit der Linkspartei absurd, aber auch die Deklarierung von schwarz-grün zum nächsten „Projekt“. Multioptionalität besteht gerade auf der Grundlage einer erkennbaren eigenen Position, und nicht auf der Basis von Affirmation. Nur wenn das ideelle Zentrum gefüllt ist, sind die Grünen bündnisstrategisch voll handlungsfähig. Paradoxien in grundlegenden Fragen schaffen nicht Optionen, sondern nehmen sie. Deshalb müssen die Grünen den dialogischen

Klärungsprozess auf zentralen Feldern forcieren. Als gestärkte Partei können sie unter dieser Voraussetzung allen Parteien mit einem klaren eigenständigen Profil stark und selbstbewusst gegenüber treten. Und es ist eine strategische Frage entlang definierter Kriterien, ob eine Koalition grüne Anliegen nach vorne bringt oder nicht.

(3) *Integration*: Schließlich ist der skizzierte Fluchtpunkt auch eine Chance für den weiteren Verständigungsprozess in der Partei. Nicht als „Formelkompromiss“, sondern als eine echte, auch konfliktreiche Bewegung hin zu einem neuen gemeinsamen Punkt. Der Ansatz enthält eine doppelte Zumutung an das eigene Spektrum, und muss sie enthalten. Er verpflichtet „Modernisierer“, sich auf die Orientierungsfrage einzulassen, worin der Ertrag für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung bei Reformvorschlägen liegt. Und er verpflichtet „traditionelle Linke“, sich der Modernisierungsfrage zu stellen, die zwingend ist, um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu beantworten. Diese doppelte Zumutung ist jedoch auch eine doppelte Chance. Sie bietet zum einen die Perspektive, Reformschritte klarer auszurichten und besser zu erklären. Und sie bietet zum anderen die Perspektive, ein höheres Maß an Veränderungsbereitschaft und auch Realismus zu entwickeln.

## **6. Eine Politik öffentlicher Institutionen**

Auf der beschriebenen Grundlage besteht in der Konkretisierung einer eigenständigen grünen Strategie des öffentlichen Raums, der öffentlichen Institutionen und öffentlicher Güter einen entscheidenden Übersetzungsschritt. Hier liegt das strategische Nadelöhr bei der Verwirklichung grüner Ziele und bei der Beschreibung des grünen Profils. Diesen Punkt konnte die grüne Partei im Beschluss des Nürnberger Parteitags zur Grundsicherung trotz aller Spiegelstriche verdeutlichen.

In einer grünen Neubeschreibung des öffentlichen Raums in den verschiedenen Bereichen muss sich der Zusammenhang von Gerechtigkeitsanspruch und Veränderungswillen, von Freiheit und Sicherheit abbilden. Es geht auch hier weder um Restauration noch um bloße Erhaltung, sondern um Weiterentwicklung hin zu mehr Teilhabe und Partizipation. „Institution Matters!“ ist als Aufforderung zu begreifen, konzeptionellen Ehrgeiz in die Frage zu legen, wie wir die bestehenden Institutionen weiterentwickeln und verändern müssen, damit sie ihre öffentliche Funktion überhaupt erfüllen können. Eine neue Institutionenpolitik zielt also auf eine Innovation der Institutionen, wenn auch in Anerkennung der Zeit, die demokratische Reformen benötigen und der gewachsenen Erfahrungen in den bundesrepublikanischen Institutionen.

Diese Strategie zielt auf mehr Teilhabe, Durchlässigkeit und Transparenz und wendet sich damit zugleich gegen einen sozialen oder nationalistischen Klientelismus, der vielen Ausgegrenzten und Chancenlosen die institutionelle Solidarität verweigert – Kindern in Armut, Menschen mit geringer Bildung, Menschen, die noch nie einen festen Arbeitsplatz hatten, oder Menschen mit Migrationshintergrund. Öffentliche Institutionen brauchen emanzipative Einmischung und Partizipation. Emanzipation ist aber ihrerseits ohne ein Bewusstsein für die freiheitsermöglichende Kraft von Institutionen nicht möglich. Wer Freiheit ins rein „Private“ verdrängt, verkennt die emanzipatorische Bedeutung des öffentlichen Raums. Freiheit misst sich für die Menschen nicht nur am individuellen Transfer, sie misst sich auch an der Möglichkeit, eine gute Schule zu besuchen, im Krankheitsfall Zugang zu



einem guten Krankenhaus zu haben und im Fall der Arbeitslosigkeit an der Wiedererlangung von akzeptabler Arbeit. Sie bemisst sich an der Möglichkeit von Mobilität in einer öffentlichen Infrastruktur und am Zugang zum kulturellen Leben. Deshalb handelt es sich bei institutionellen Transfers um die andere Seite der gleichen Medaille: der Ermöglichung von gelebter Freiheit und Selbstbestimmung für alle.

Ohne gesellschaftliches Engagement im Vorfeld wird der Kampf um demokratische Institutionen freilich nicht zu gewinnen sein, und zwar in einem doppelten Sinn: Demokratische Institutionen, in die kein gesellschaftliches Engagement einfließt, in denen sich kein Streit um das Gemeinwohl organisiert und keine Interessenrepräsentation stattfindet, trocknen von innen aus und werden zu kalten Bürokratien. Institutionen, die (noch) nicht demokratisch organisiert sind oder überhaupt erst noch erfunden werden müssen, können nur von außen durch gesellschaftlichen Einsatz in die Wirklichkeit geholt werden. Auf europäischer Ebene beispielsweise mangelt es schon an den Vorbedingungen: Bis heute gibt es nicht im Ansatz eine europäische oder auch nur transnationale Öffentlichkeit im Sinne europäischer Medien und echter europäischer Parteien.

Eine grüne Strategie des öffentlichen Raums und der öffentlichen Institutionen kann dabei nicht im abstrakten Raum verharren. Wer über Qualität, Strukturen und Finanzierungsbedarfe diskutieren will, muss das „vor Ort“, also entlang der einzelnen öffentlichen Institutionen tun. Notwendig ist diese Auseinandersetzung insbesondere mit Blick auf Institutionen der Demokratie, der Betreuung, der Bildung, der Arbeit, der Gesundheit und Pflege, der Kultur, der Mobilität, der Ressourcen und Energie sowie der Sicherheit. Als Leitfaden der Entwicklung grüner Konzepte in all diesen Bereichen können die Begriffe der Qualität, der Struktur und der Transfers dienen.

Ziel bei der Stärkung öffentlicher Institutionen muss es ein, die *Qualität* der jeweiligen Institutionen zu stärken. Worin diese Qualität jeweils liegt, lässt sich nicht unabhängig von der Art und den Zielen der konkreten Institution bestimmen. Qualität meint natürlich insbesondere die Qualität der jeweiligen institutionell generierten Güter. Gleichwohl lassen sich darüber hinaus – sozusagen vor der Klammer – allgemeine Aussagen dazu treffen, was eine adäquate Vorstellung öffentlicher Institutionen ausmacht. Aus Gerechtigkeitsperspektive ist die Qualität öffentlicher Institutionen unabdingbar mit der Gewährleistung von Zugängen verbunden. Öffentliche Institutionen müssen unabhängig von sozialer und ökonomischer Lage für die Menschen offen sein, die auf das öffentliche Gut angewiesen sind. Institutionen der Kinderbetreuung beispielsweise, die nur für Berufstätige mit hohem Einkommen zugänglich sind, sind keine „öffentlichen“. Gleiches gilt etwa für Schulen oder Hochschulen, die nur für Schüler mit reichen Eltern erschwinglich sind, gleich ob in staatlicher oder in privater Trägerschaft. Für eine angemessene Strategie öffentlicher Institutionen spielt das Recht auf Partizipation und Mitbestimmung der Betroffenen eine wichtige Rolle. Als atmende und lernende Institutionen kommt es darauf, die Interessen und die Stärken der einzelnen Akteure ins Spiel zu bringen, anstatt sie in einer autoritären Struktur zu ersticken. Öffentliche Institutionen sind nicht nur per Gesetz demokratisch legitimiert, sondern sie haben zugleich nach innen den Gedanken der Partizipation zu berücksichtigen. Wie sich der Mitbestimmungsgedanke ausprägt, ist ebenfalls nicht unabhängig von der konkreten Institution zu beschreiben. Die Demokratiefrage stellt sich etwa in der Kita anders als in der Schule und in der Schule anders als in der Hochschule. Auch meint Demokratie hier nicht unbedingt Mehrheitsdemokratie, in jedem Fall aber das Recht auf Partizipation und

Mitsprache – und damit auch auf Information und Transparenz. Als offene und partizipative Einheiten bedürfen öffentliche Institutionen einer stärkeren Autonomie der Binnenorganisation zur Erreichung der qualitativen Ziele. Anstatt Institutionen in einer starren Hierarchie zu begreifen, kommt es darauf an, die Eigenarten und die Kompetenz der jeweiligen Akteure als Ausgangspunkt institutioneller Qualität zu verstehen. Hier kommt auch ein Element von Qualitätswettbewerb ins Spiel.

So richtig es ist, die Institutionenfrage als Frage der Qualität zu stellen, so falsch ist es, die Qualitätsfrage gegen die *Strukturfrage* auszuspielen. Institutionelle Reformvorschläge werden in der politischen Praxis häufig als „bloße Strukturvorschläge“ abgelehnt. Diese Entgegenstellung von „Qualität“ und „Struktur“ ist deshalb falsch und kontraproduktiv, weil gerade im öffentlichen Raum Qualitätsverbesserungen nur über Strukturveränderungen zu erreichen sind. Am Beispiel der Institution Schule: Die Forderung nach einem bestimmten Bildungskanon ist ebenso ein „Strukturvorschlag“ wie die nach mehr Schulautonomie oder die Forderung nach einer Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems.

Ein weiterer Kurzschluss läge sodann darin, die Qualitätsfrage gegen die Notwendigkeit einer gezielten Erhöhung *institutioneller Transfers* auszuspielen. Ziel ist eine Qualitätsverbesserung in dem beschriebenen Sinn, und diese kann monetäre Investitionen erfordern oder auch nicht. Man kennt die Fälle, in denen eine Qualitätsverbesserung sogar zu finanzieller Entlastung führt. Gleichwohl ist offenkundig, dass zentrale Strukturreformen zur Qualitätsverbesserung in bestimmten Institutionen nur in Verbindung mit zusätzlichen öffentlichen Investitionen zu realisieren sind. Auch hier wieder das Beispiel Schule: Eine deutliche Verbesserung der Qualität dieser Institution ist nur über ein Bündel an Maßnahmen möglich, die teilweise finanzrelevant sind und teilweise nicht. Klar ist aber, dass etwa eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels als Grundvoraussetzung für stärker individualisiertes Lernen und Lehren erhebliche zusätzliche Investitionen erfordert. Da Individualisierung auch eine Voraussetzung für eine stärker integrative Schule ist, die die starke soziale Segregation des bestehenden gegliederten Schulsystems überwindet, sind öffentliche Investitionen auch unter Integrationsgesichtspunkten unverzichtbar. Diese faktischen Zusammenhänge zwischen Qualitätsverbesserung und Strukturreformen auf der einen Seite und Investitionsbedarf auf der anderen Seite sind der Grund, warum eine adäquate Institutionenstrategie das Augenmerk auch auf die Finanzierungsfrage lenken muss. Die notwendigen institutionellen Transfers verlangen Antworten in der Steuerpolitik, aber auch in der Haushaltspolitik. Eine prononcierte Strategie der Erhöhung der institutionellen Transfers in bestimmten Bereichen kann dabei nicht gleichzeitig mit der Forderung nach einem deutlichen und flächendeckenden Ausbau der individuellen Transfers einhergehen, wenn sie glaubwürdig und erkennbar bleiben will.